



Am Montag im Kantonsrat

Zürich, 05.04.2024

Vorschau auf die Kantonsratssitzung vom Montag, 8. April 2024

Fokusthemen: **Bau und Bildung**

Der Zürcher Kantonsrat wird am Montag nach der Schlussabstimmung zu einer PBG-Revision und der Behandlung einer Anpassung von Bauvorschriften drei Postulate zu Bildungsthemen als erledigt abschreiben. Dazwischen steht ein unumstrittenes Wahlgeschäft (Traktandum 5) an. Bis zum Ende der Sitzung wird sich der Rat schliesslich mit Vorstössen beschäftigen, die die Bildungsdirektion betreffen.

Schlussabstimmung zur PBG-Revision betreffend klimaangepasste Siedlungsentwicklung

Keine lange Debatte ist bei der zweiten Lesung der Revision des Planungs- und Baugesetzes (PBG) betreffend «Klimaangepasste Siedlungsentwicklung» zu erwarten ([5860](#)). In der zweiten Lesung geht es gewöhnlich nur noch um formelle, meistens unumstrittene Präzisierungen der Redaktionskommission (REDKO), bevor der Rat in der Schlussabstimmung abschliessend über ein Anliegen entscheidet. Der Kantonsrat hat der Revision in erster Lesung grundsätzlich zugestimmt, die vorgeschlagenen Möglichkeiten der Gemeinden, mit planerischen und baulichen Massnahmen dem Klimawandel zu begegnen, aber abgeschwächt.

REDKO-Präsidentin: Christa Stünzi (GLP, Horgen), 079 771 76 63

Anpassung von Bauvorschriften als Folge des Klimawandels

Ebenfalls kaum für Diskussionen dürfte die Genehmigung einer Änderung der Allgemeinen Bauverordnung und der Verkehrserschliessungsordnung ([5859](#)) sorgen. Die KPB hat diese gemeinsam mit der PBG-Revision beraten und beantragt einstimmig, die Vorlage zu genehmigen. Konkret geht es um die Definition der Grünflächenziffer und um Abstände von Bäumen gegenüber Strassen.

KPB-Präsidentin: Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), 079 946 52 15

Postulate zu Bildungsthemen sollen abgeschrieben werden

Unumstritten ist die Abschreibung von drei Postulaten zu verschiedenen Bildungsthemen. Ein Postulat als erledigt abzuschreiben bildet den finalen Akt auf der Reise dieser Vorstossart. Der Kantonsrat nimmt damit den mit dem Postulat vom Regierungsrat geforderten Bericht zur Kenntnis. Die Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, folgende Vorstösse als erledigt abzuschreiben: das Postulat von FDP, SVP und SP betreffend «Mehr Anschlussmöglichkeiten für Schulabgänger» ([5765](#)), das Postulat betreffend «Koordination und Förderung im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe» der Kommission für Staat und Gemeinden (STGK) ([KR-Nr. 241/2020](#)) und das GLP-Postulat betreffend «Berufsbildungsfonds in Krisen nutzen» ([KR-Nr. 180/2021](#)). Mit dem erstgenannten Postulat von FDP, SVP und SP wurde der Regierungsrat aufgefordert zu prüfen, wie Unternehmen unterstützt werden können, die sich trotz der Corona-Pandemie in der Berufsbildung engagieren. Und mit dem ebenfalls während der Corona-Pandemie eingereichten Postulat der GLP wurde angeregt, Mittel des Berufsbildungsfonds zur Bewältigung von Krisen bei Lehrbetrieben einsetzen zu können. Die STGK wiederum hatte mit ihrem Vorstoss den Regierungsrat eingeladen, in einer Strategie darzulegen, wie die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention im Kanton Zürich sichergestellt wird.

Zu 5765: KBIK-Referent: Christoph Ziegler (GLP, Elgg), 079 769 34 36

KBIK-Präsidentin: Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), 078 610 16 61

Vorstösse zu Gleichstellung, Fachkräftemangel, Hochschulzugang, Entlastung und Pensen

In der verbleibenden Sitzungszeit wird der Kantonsrat Vorstösse behandeln, welche die Bildungsdirektion betreffen. Dabei entscheidet der Rat, ob er sie dem Regierungsrat überweist oder nicht. Debattiert werden die Vorstösse, weil entweder der Regierungsrat sie ablehnt oder ein Ratsmitglied sich gegen die diskussionslose Überweisung gewehrt hat. SVP-Kantonsrat Rochus Burtscher möchte mit Unterstützung von FDP und GLP, dass Lehrkräfte mit Fachhochschulabschluss und einem Lehrdiplom der Pädagogischen Hochschule für die Sekundarstufe II bei Anstellungen und Tätigkeiten an Berufsschulen und Berufsmittelschulen den Lehrkräften mit universitärem Abschluss gleichgestellt werden ([KR-Nr. 85/2022](#)). Karin Fehr Thoma, Kantonsrätin der Grünen, fordert mit Unterstützung von SP und AL den Regierungsrat auf, dem Kantonsrat eine Vorlage für eine befristete, gesonderte Finanzierung einer Bildungsoffensive, inklusive zusammenhängender Begleitmassnahmen, zur Deckung des Fachkräftebedarfs in der Gebäudebranche zu unterbreiten ([KR-Nr. 158/2022](#)). SP-Kantonsrätin Monika Wicki möchte, unterstützt von GLP, Grünen und AL, den Regierungsrat einladen, die Voraussetzungen zu schaffen, damit die Programme zur Unterstützung des Einstiegs in die Hochschulen für Asylsuchende (Status N), vorläufig Aufgenommene (Status F) und anerkannte Flüchtlinge (Status B) zugänglicher, einheitlicher gestaltet und untereinander koordiniert werden ([KR-Nr. 169/2022](#)). Der Regierungsrat beantragt, die drei Vorstösse abzulehnen. Indes wäre er bereit, zwei in Postulate umgewandelte Motionen von FDP-Kantonsrat Marc Bourgeois entgegenzunehmen. Dieser möchte einerseits Lehr- und Förderlehrpersonen während des Unterrichts von Druck und ausserhalb des Unterrichts von unterrichtsfremden Tätigkeiten gezielt entlasten, damit sie sich wieder vermehrt auf ihre eigentliche Bildungstätigkeit konzentrieren können ([KR-Nr. 228/2022](#)). Andererseits möchte er hohe Pensen von Lehrerinnen und Lehrern fördern und Kleinstpensen vermeiden ([KR-Nr. 229/2022](#)). Weil die SP eine Diskussion über die beiden Vorstösse verlangt hat, wird über die Überweisung erst nach einer Debatte im Rat entschieden.

Rochus Burtscher (SVP, Dietikon), 079 501 05 58

Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), 078 610 16 61

Monika Wicki (SP, Zürich), 076 427 52 78

Marc Bourgeois (FDP, Zürich), 079 219 95 38

Personelles:

Unumstritten ist die Wahl von zwei Mitgliedern der Berufsbildungskommission für die Amtsdauer 2023–2027 (Traktandum 5). Die Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, diese zu genehmigen ([5937](#)). Der vakante Sitz des Bildungsrates soll mit Stefan Krebs besetzt werden, und neu soll Heiko Jacob die Gewerkschaften vertreten.

KBIK-Präsidentin: Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), 078 610 16 61

Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrates geben:

Sylvie Matter, Kantonsratspräsidentin, 079 659 54 00

Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12